Bundesblatt

89. Jahrgang.

Bern, den 4. August 1937.

Band II.

*Erscheint wöchentlich. Preis 20 Franken im Jahr, 10 Franken im Halbjahr, zuzüglich
Nachnahme- und Postbestellungsgebühr.*

*Einrückungsgebühr: 50 Rappen die Petitzelle oder deren Raum. — Inserate franko an
Stämpfli & Cie. in Bern.*

Zu **3569**

Nachtragsbericht

des

Bundesrates an die Bundesversammlung zu den Postulaten
betreffend die Abänderung der Getreideordnung.

(Vom 16. Juli 1937.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen folgenden Nachtrag zum Bericht vom 11. Mai 1937 zu den Postulaten betreffend die Änderung der gegenwärtigen Getreideordnung zu unterbreiten.

I. Einleitung.

Am 7. Oktober 1936 nahm der Nationalrat ein von Herrn Dr. Hans Müller in Grosshöchstetten eingereichtes Postulat (Nr. 3451) folgenden Wortlautes an:

«Der Bundesrat wird ersucht, zu prüfen, ob nicht auf dem Verordnungswege die Ansätze für die Mahlprämie soweit zu erhöhen seien, dass dem Bauer durch den Zwang zur Selbstversorgung kein wirtschaftlicher Schaden erwächst.»

Im Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1936, Abschnitt Finanz- und Zolldepartement, wurde beantragt, dieses Postulat als erledigt zu erklären und abzuschreiben. Seinen Antrag begründete der Bundesrat wie folgt:

«Die Ansätze für die Mahlprämie (je nach Höhenlage Fr. 7. 50 bis 14 für 100 kg verarbeiteten Getreides) sind in Art. 9 des Getreidegesetzes vom 7. Juli 1932 festgelegt. Der Bundesrat ist daher nicht zuständig, die Mahlprämie gemäss Vorschlag des Herrn Nationalrat Müller auf dem Verordnungswege zu erhöhen. In der richtigen Form können die Ansätze für die Mahlprämie nur durch eine Revision des Getreidegesetzes abgeändert werden.

Heute liegen aber, nach der Auffassung des Bundesrates, für eine Erhöhung der Mahlprämien keine triftigen Gründe vor. Die Abwertung unserer Währung hat die Voraussetzungen, welche offenbar das Postulat veranlasst haben, stark verändert:

Bis zur Abwertung brachte die Selbstversorgung, infolge des ausserordentlichen Tiefstandes der Getreidepreise am Weltmarkte, dem Getreideproduzenten nicht die gleich günstige Ertragsrechnung wie die Ablieferung an den Bund. Seit dem Sommer 1936 verdoppelte sich indessen der Einstandspreis für fremdes Brotgetreide infolge der festeren Lage am Weltmarkte und unter dem Einflusse der Abwertung. Das Backmehl und die Futtermittel sind teurer geworden. Damit stellt sich jetzt die Rechnung für die Selbstversorgung nicht mehr ungünstiger als für die Abgabe des Getreides an den Bund.»

Der Ständerat und die nationalrätliche Kommission stimmten dem Antrage des Bundesrates, das Postulat Nr. 3451 abzuschreiben, zu. Im Nationalrate wurden jedoch gegen die Abschreibung des Postulates von den Herren Dellberg und Dr. Hans Müller Einwendungen erhoben. Der Vorsteher des Finanz- und Zolldepartementes beharrte nicht auf dem Abschreibungsantrage des Bundesrates. Er erinnerte vielmehr daran, dass ein Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zu verschiedenen Postulaten betreffend die Abänderung der Getreideordnung vorliege, bei dessen Behandlung wahrscheinlich auch über die Mahlprämie gesprochen werden müsse. Im Hinblick auf die Behandlung dieses Berichtes pflichtete Herr Bundesrat Dr. Meyer dem Antrage Dellberg/Dr. Hans Müller bei, worauf der Nationalrat beschloss, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Bundesrat hält es nun für notwendig, Ihnen zu dem Postulat Müller einen ausführlicheren Bericht zu erstatten, als wie es im Rahmen des Geschäftsberichtes möglich war. Dabei erscheint es unerlässlich, bis auf die Anfänge der Bestrebungen zur Einführung einer Mahlprämie für Selbstversorgergetreide zurückzugreifen, um eine Darstellung der Entwicklung dieser für unsern einheimischen Getreidebau wichtigen Massnahme zu bieten. Gestützt auf eine solche Darstellung wird es möglich sein, die Tragweite des Postulates zu überblicken und abschliessend darüber zu entscheiden, ob dem Postulat Folge gegeben werden soll oder ob es, entsprechend dem Antrage des Bundesrates, als erledigt abgeschrieben werden kann. Der Bundesrat hätte sich übrigens schon in seinem Berichte vom 11. Mai 1937 auch zu dem Postulate Nr. 3451 geäussert, wenn er nicht der Auffassung gewesen wäre, es sei durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Herbst 1936 überholt worden.

II. Die Einführung der Mahlprämie im Jahre 1924.

Die ersten Anregungen zur Einführung einer Mahlprämie gehen bis in das Jahr 1922 zurück. Der Bundesrat schrieb hierüber in seiner Botschaft vom 27. Mai 1924 an die Bundesversammlung betreffend die Sicherung der Getreideversorgung des Landes:

«Bei der gegenwärtigen Regelung der Dinge geniesst der Bauer, der sein Getreide dem Bund zum Verkauf anbietet, den Vorteil eines Vorzugspreises. Wer aber das Getreide seiner natürlichsten Bestimmung, der Deckung des Eigenbedarfes zuführt, geht leer aus, und es erfährt also der Getreidebau für die Selbstversorgung, wie man sich auszudrücken pflegt, keine Förderung. In der Kriegszeit und in den ersten Nachkriegs-

jahren war die Lage eine andere. Damals bot der Anbau von Getreide zur Selbstversorgung gewisse Vorteile.

Die Getreideproduzenten hatten während der Periode der Brot rationierung die Wahl zwischen der Selbstversorgung, wobei ihnen normalerweise der Ertrag einer Anbaufläche von 9 Aren je erwachsene Person und Jahr überlassen wurde, und der Ablieferung des eigengebauten Getreides gegen Zuerkennung der normalen Brot ration. Durch rationelle Kultur konnte sich der Selbstversorger bei ordentlichen Getreideernten in der Regel eine grössere Brot ration sichern, als sie ihm mittels der Brotkarte zugekommen wäre. Die Produzenten haben daher vom Recht der Selbstversorgung ausgiebig Gebrauch gemacht.

Seit Kriegsausbruch bis 1920 bezahlte die Monopolverwaltung für das übernommene Inlandgetreide in der Regel den gleichen Preis, zu dem das eingeführte Getreide für die Brotversorgung abgegeben wurde. Im Interesse der Brotverbilligung verkaufte sie das importierte Getreide unter den eigenen Gesteuerungskosten. Seither hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, sodass die Monopolverwaltung seit 1921 für Inlandgetreide Vorzugspreise gewährt, die um 10 bis 15 Franken höher sind als ihre durchschnittlichen Verkaufspreise. Ziffermässig berechnet stellt sich daher der Produzent günstiger, wenn er auf die Selbstversorgung verzichtet, sein Getreide an die Monopolverwaltung verkauft und sich mit zugekauftem Mehl und Brot versorgt. Dieser Bewegung suchte der Bundesbeschluss vom 1. Juli 1922 betreffend die Förderung des inländischen Getreidebaues durch die Bestimmung entgegenzutreten, welche die Getreideproduzenten berechtigt, zu dem festgesetzten Vorzugspreise nur selbstgebautes Getreide abzuliefern, das den normalen Bedarf des eigenen Haushaltes übersteigt. Bei der Lösung der damals bestandenen Aufgabe glaubte man auf eine Subvention zugunsten der Selbstversorgung verzichten zu können, weil die Produzenten während den vorausgegangenen brot knappen Kriegsjahren auch deren Vorteile genossen hatten. Bei der gegenwärtig geltenden Regelung stand die Umwandlung bereits eingegangener Verpflichtungen betreffend die Abnahme des Inlandgetreides durch den Bund im Vordergrund. Der für die Getreideernte 1922 zugesicherte Preis von Fr. 57 wurde auf Fr. 50 je 100 kg Weizen herabgesetzt und die Preisgarantie auf zwei weitere Jahre ausgedehnt. Aber schon bei der Behandlung des Beschlusses vom 1. Juli 1922 wurden vom Nationalrat zwei Postulate der Nationalräte Gabathuler und Caflisch gutgeheissen, welche die Subventionierung des für die Selbstversorgung verwendeten Getreides und die besondere Berücksichtigung des Getreidebaues in Gebirgsgegenden bezwecken.»

Eine ebenfalls vom 27. Mai 1924 datierte Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Verlängerung des Bundesbeschlusses vom 1. Juli 1922 betreffend die Förderung des inländischen Getreidebaues enthält über die Mahlprämie folgende weitem Ausführungen:

«Als wirksamstes Mittel zur Förderung des inländischen Getreidebaues haben wir eine bessere und lohnendere Verwertung seiner Erzeugnisse kennengelernt. Diese kann entweder durch Selbstverbrauch oder durch Verkauf des Getreides erfolgen. Durch den Bundesbeschluss vom 1. Juli 1922 erfährt die Selbstversorgung mit Brot aus eigengebautem Getreide keine Förderung, wogegen die Getreideüberschüsse, die den Bedarf des eigenen Haushaltes übersteigen, den Produzenten zu dem festgesetzten Vorzugspreise abgenommen werden. Diese Ordnung der Dinge ist keineswegs auf eine Geringschätzung der Selbstversorgung zurückzuführen, sondern ist vielmehr aus den besondern Verhältnissen heraus entstanden. Bei der Neuordnung, die durch den Bundesbeschluss vom 1. Juli 1922 erfolgt ist, war bekanntlich auch die Aufgabe zu lösen, die für das Erntejahr 1922 schon früher zugesicherten Getreidepreise angemessen herabzusetzen und zum Ausgleich für das damit von den Produzenten geforderte Opfer die Preisgarantie um eine weitere Periode zu verlängern.

Dabei wurde der Weizenpreis für die Ernte 1922 von Fr. 57 auf Fr. 50 reduziert und, wie erwähnt, für 1923 auf mindestens Fr. 47 und für 1924 auf mindestens Fr. 42 festgesetzt. Die Bundesversammlung gewährte hiebei für 1923 und 1924 um je Fr. 2 höhere Preise, als wir beantragt hatten. Den Produzenten ist durch diesen Beschluss das Recht eingeräumt, zu den festgesetzten Preisen alles selbstgebaute Getreide abzuliefern, das den normalen Bedarf des eigenen Haushaltes übersteigt. Die Selbstversorgung wurde demnach vorausgesetzt, und die Abnahme zu den gewährten Vorzugspreisen sollte auf die Überschüsse beschränkt bleiben.

Die Nationalräte Caflisch und Gabathuler gaben der Auffassung über die Bedeutung einer Förderung der Selbstversorgung durch folgende Postulate Ausdruck, die anlässlich der Beratung des Bundesbeschlusses vom 1. Juli 1922 vom Rate ohne Opposition gutgeheissen wurden. „Der Bundesrat wird eingeladen, beförderlich zu prüfen, ob nicht der Getreidebau im Gebirge, soweit er für die Selbstversorgung der Gebirgsbevölkerung und nicht zur Abgabe von Brotgetreide an den Bund dient, erhalten und gefördert werden sollte, sei es durch genügende Anbauprämien oder auf andere Weise“ (Postulat Caflisch). „Der Bundesrat wird eingeladen, Mittel und Wege zu prüfen und sobald wie möglich den eidgenössischen Räten Bericht und Antrag zu stellen, wie auch der Anbau von Brotgetreide für die Selbstversorgung gefördert werden kann“ (Postulat Gabathuler)...

Infolge der auffallend rückläufigen Preisbewegung am Weltmarkte wurde die Preisdifferenz zwischen Auslandgetreide franko Schweizergrenze und Inlandgetreide allmählich bedeutend grösser, als seinerzeit angenommen wurde. So betrug sie im Jahre 1923 statt der im Bundesbeschluss vom 1. Juli 1922 vorgesehenen Fr. 12 im Mittel etwa Fr. 15, zeitweise sogar bis Fr. 18 je 100 kg. Verglichen mit den Verkaufspreisen der Getreideverwaltung franko schweizerische Empfangsstationen der Müller, standen die den Produzenten für Inlandgetreide bezahlten Preise der Ernte 1922 und 1923 im Mittel um rund Fr. 13 je 100 kg höher. Die Ablieferung des Getreides an den Bund erschien daher für den Produzenten finanziell vorteilhafter als dessen Verbrauch im eigenen Haushalte. An Stelle der Selbstversorgung trat deshalb öfters der Bezug des Backmehles vom Müller oder des Brotes vom Bäcker. Der wiederholte Hinweis der mit der Abnahme des Inlandgetreides betrauten Verwaltung auf die geltenden Bestimmungen und die indirekten Vorteile der Selbstversorgung vermochten diese Entwicklung wohl zu hemmen, aber nicht zu verhindern. Von ihr wurden auch die Kundenmühlen betroffen, deren Beschäftigung entsprechend der Abnahme der Selbstversorgung zurückging. Eine Änderung liegt daher gleichzeitig im Interesse der Förderung des Getreidebaues und der Erhaltung einer leistungsfähigen Kundenmüllerei. Für eine wirksame Förderung der Getreideproduktion im kleinbäuerlichen Betriebe, namentlich in abgelegenen Gebieten und Berglagen, ist die Unterstützung der Selbstversorgung von besonderer Wichtigkeit.

Die umschriebene Aufgabe kann zweckmässig durch eine Verlängerung und Ergänzung des Bundesbeschlusses vom 1. Juli 1922 betreffend die Förderung des inländischen Getreidebaues gelöst werden. Die nach diesem Beschluss geordnete Getreideabnahme hat sich im allgemeinen bewährt, bedarf aber, wie erwähnt, einer Ergänzung durch die Förderung der Selbstversorgung mit Brotgetreide. Es ist wiederholt, namentlich vom Verband schweizerischer Kundenmüller, angeregt worden, die Selbstversorgung möchte schon unter der Herrschaft des Bundesbeschlusses vom 1. Juli 1922 einer speziellen Förderung teilhaftig werden. Dabei wurde geltend gemacht, dass eine solche Massnahme die Ablieferung von Getreide an den Bund erheblich vermindere und diesem daher bedeutende Ersparnisse bringen würde, die zur Bestreitung der Ausgaben für die Unterstützung der Selbstversorgung vollständig oder annähernd ausreichen könnten. Es wird in diesen Kreisen aber offenbar übersehen, dass auch bei der heutigen Regelung immer noch ein bedeutender Teil des Inlandgetreides der Selbstversorgung der Produzenten dient, ohne dass der Bund hierfür Beiträge gibt und dass infolge des zurzeit noch

sehr hohen Überpreises für abgeliefertes Getreide eine nur bescheidene Subvention zugunsten der Selbstversorgung die erwartete durchgreifende Wirkung wahrscheinlich nicht zeitigen würde. Wir haben daher aus finanziellen Erwägungen davon Umgang genommen, Ihnen eine Ergänzung des Bundesbeschlusses vom 1. Juli 1922 für das Erntejahr 1924 zu beantragen ...

Nach dem vorliegenden Entwurf wird Getreide, das der Selbstversorgung im Haushalte des Produzenten dient, mit einer Mahlprämie von Fr. 5 bedacht. Dabei ist Gleichstellung von Weizen, Roggen, Korn und von Mischelfrucht (Gemengesaaten dieser Getreidearten) vorgesehen ...

Die Überschüsse an Weizen, Roggen und Korn, die über die Bedürfnisse der Selbstversorgung hinausgehen, werden auf Rechnung des Bundes übernommen. Hiefür wird in der Vorlage für 100 kg Weizen, Roggen und Korn ein Überpreis von Fr. 7 vorgesehen gegenüber dem Preis für Auslandweizen ähnlicher Qualität franko verzollt Schweizergrenze.»

Die eidgenössischen Räte genehmigten damals den Vorschlag des Bundesrates. Sie erhöhten allerdings den Überpreis für das Inlandgetreide von Fr. 7 auf Fr. 8 je q. Damit bestand zwischen der normalen Mahlprämie (ohne Gebirgszuschlag) und dem Überpreis von allem Anfang an ein Unterschied von Fr. 3. Die einschlägigen Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 20. Juni 1924 betreffend die Förderung des inländischen Getreidebaues lauten:

«Art. 2. Wer selbstgebautes, mahlfähiges Getreide einheimischer Produktion zur Versorgung seines Haushaltes mit Brot und Mehl verwendet, hat Anspruch auf eine Mahlprämie von Fr. 5 für je 100 kg Getreide (Weizen, Roggen, Korn, Mischelfrucht und Mais, sowie in Gebirgsgegenden auch Gerste). In Gebirgsgegenden kann diese Prämie abgestuft bis auf Fr. 8 für je 100 kg Getreide steigen (Weizen, Roggen, Korn, Mischelfrucht und Gerste).

Art. 3. Selbstgebautes, mahlfähiges Brotgetreide einheimischer Produktion (Weizen, Roggen, Korn und Gemenge von Weizen und Roggen), das den Bedarf für die Selbstversorgung (Art. 2) übersteigt, wird auf Rechnung der eidgenössischen Getreideverwaltung übernommen. Diese bezahlt dafür einen Preis, der für 100 kg Weizen Fr. 8 höher ist als die mittleren Gestehungskosten der Getreideverwaltung franko Schweizergrenze für Auslandgetreide gleichwertiger Qualität.»

Zusammenfassend sei hier festgehalten, dass bei ihrer Einführung im Jahre 1924 die Mahlprämie wie folgt geordnet wurde:

a. Mahlprämie für das Flachland (bis 800 m Höhenlage über Meer) Fr. 5 je q Getreide.

b. Abgestufter Gebirgszuschlag von Fr. 1 bis 3 je q Getreide zu der Mahlprämie gemäss lit. a, für Höhenlagen über 800 m.

c. Auf die Mahlprämie hat nur selbstgebautes, mahlfähiges Getreide einheimischer Produktion Anspruch, welches zur Versorgung des Haushaltes des Produzenten mit Brot und Mehl verwendet wird. Für Getreide, dessen Mahlprodukte dem Vieh gefüttert werden, darf die Mahlprämie nicht beansprucht werden.

d. Die Durchführung der Selbstversorgung ist Voraussetzung dafür, dass der Bund Getreide zu einem Vorzugspreise abnimmt. Nur die Überschüsse über den Bedarf für die Selbstversorgung hinaus werden durch die Getreideverwaltung zu Vorzugspreisen abgenommen.

III. Die Entwicklung der Mahlprämie seit 1924.

Die Erfahrungen, welche im ersten Geschäftsjahre mit der Mahlprämie gemacht wurden, schildert der Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1925 wie folgt:

«Die Mahlprämie für Selbstversorger mit Nahrungsmitteln aus eigen produziertem Brotgetreide wurde durch den Bundesbeschluss vom 20. Juni 1924 erstmals für die Getreideernte 1925 eingeführt. Dabei war die Selbstversorgung als Voraussetzung für die Abgabe der Getreideüberschüsse zum festgesetzten Überpreis gedacht.

Es sind rund 100,000 Mahlkarten bezogen worden. Zahlreiche Produzenten, in vereinzelt Fällen alle Produzenten einer Ortschaft, mussten dispensiert werden, weil besondere Verhältnisse vorlagen, welche die Durchführung der Selbstversorgung verhinderten oder doch wesentlich erschwerten. Diese Dispensierten konnten sich fast ausnahmslos darauf berufen, dass sie auch während der Brotrationierung nicht Selbstversorger waren, sondern das Getreide ablieferten und die Brotkarte bezogen. Die Dispensationsfälle waren denn auch am zahlreichsten in den Gegenden, wo der Getreidebau erst infolge der kriegswirtschaftlichen Ereignisse wieder aufgenommen wurde. Es fehlen hier häufig die Hausbackeinrichtungen und die Backkenntnisse, und der Umtausch von Mehl gegen Brot beim Ortsbäcker stößt oft auf Schwierigkeiten. Zahlreich sind sodann die Dispensationsfälle in Kleinbetrieben mit nur wenigen, oft älteren, alleinstehenden Leuten, wo das Selbstbacken sich nicht oder höchstens über den Winter lohnen würde, ferner infolge Veränderung der Eigentums- oder Pachtverhältnisse. Es ist der Getreideverwaltung auch bekannt geworden, dass eine bedeutende Zahl von Produzenten nur ungern und zögernd zur Selbstversorgung übergegangen sind, es aber taten, um den Vorschriften zu genügen.

Auf Grund der Botschaft des Bundesrates vom 27. Mai 1924 über die Sicherung der Getreideversorgung des Landes konnte damals die Liquidation des Einfuhrmonopoles als nahe bevorstehend angenommen werden. Bekanntlich galt die Übernahme und die Verwertung des Inlandgetreides von Anfang an als das schwierigste Problem in der Getreidefrage, besonders bei einer monopolfreien Lösung. Infolgedessen mussten Mittel und Wege gesucht werden, um die Menge des zu übernehmenden Inlandgetreides herabzusetzen. Als hierzu geeignet war die genannte Lösung der Selbstversorger- und Abgabefrage willkommen. Dabei hat man aber den erwähnten Sonderfällen und den damit verbundenen Dispensationsgesuchen nicht genügend Rechnung getragen.

Unter dem Einfuhrmonopol bieten Übernahme und Absatz des Inlandgetreides keine besonderen Schwierigkeiten, gleichviel, ob einige 100 Wagenladungen mehr oder weniger abgeliefert werden. Nachdem nun die Erfahrungen für die Ernte 1925 vorliegen, haben wir die Absicht, für die Getreideernte 1926 es den Produzenten freizustellen, ihr Getreide nach Bedarf für die Selbstversorgung zu verwenden und dafür die Mahlprämie zu beziehen oder aber an die Getreideverwaltung zu den bestehenden Überpreisen abzuliefern. Damit könnten auch bei dieser freierlicheren Ordnung Erfahrungen gesammelt werden, die für künftige Entschliessungen von Wert sein dürften.»

Schon für die Ernte 1926 wurde die Pflicht zur Selbstversorgung der Getreideproduzenten, welche dem Bunde zum garantierten Vorzugspreise Inlandgetreide abliefern wollen, fallen gelassen. Man stellte es den Produzenten frei, von ihrem selbstgebauten Getreide nach Belieben zur Selbstversorgung zu verwenden und dafür die Mahlprämie zu beanspruchen oder den gesamten Ertrag ihrer Ernte zum Vorzugspreise an die Getreideverwaltung abzuliefern. Diese Regelung blieb bis zum Schlusse der Monopolwirtschaft (30. Juni 1929) unverändert bestehen.

Am 1. Juli 1929 trat die provisorische, monopolfreie Getreideordnung gemäss Bundesbeschluss vom 22. Juni 1929 in Kraft. Die Mahlprämie wurde beibehalten; die bezüglichlichen Vorschriften erfuhren aber gegenüber dem früheren Zustande erhebliche Abänderungen, nämlich:

a. Die Mahlprämie für das Flachland wurde um 50 % erhöht, d. h. von Fr. 5 auf Fr. 7.50 je q Getreide hinaufgesetzt.

b. Im gleichen Verhältnis wurde der Gebirgszuschlag zu der Mahlprämie erhöht, d. h. von Fr. 3 auf Fr. 4.50 hinaufgesetzt. Dadurch stieg der Höchstansatz der Mahlprämie für Gebirgsgegenden von Fr. 8 auf Fr. 12.

c. Auf die Wiedereinführung der Selbstversorgungspflicht wurde vorerst verzichtet. Immerhin erhielt der Bundesrat die Ermächtigung, die Abnahme von Inlandgetreide zu Überpreisen von der Durchführung der ganzen oder teilweisen Selbstversorgung durch die betreffenden Produzenten abhängig zu machen.

d. Die Berechtigung zum Bezuge der Mahlprämie blieb nicht mehr beschränkt auf Getreide, dessen Mahlprodukte zur Versorgung des Haushaltes mit Brot und Mehl verwendet werden; die anderweitige Verwendung der Mahlprodukte im landwirtschaftlichen Betriebe des Produzenten, d. h. also auch die Verfütterung, wurde gestattet.

e. Um Missbräuchen durch allzu weitgehende Verfütterung von Mahlprodukten vorzubeugen, wurde die Berechtigung zum Bezuge der Mahlprämie auf 200 kg Nacktfrucht oder 300 kg Spelzfrucht je ständig im Haushalte des Produzenten gepflegte Person beschränkt.

Die Erfahrungen im ersten Jahre der monopolfreien, provisorischen Getreideordnung veranlassten den Bundesrat, schon für die Ernte 1930 die Abnahme von Inlandgetreide zu den festgesetzten Überpreisen von der Durchführung der Selbstversorgung abhängig zu machen (Bundesratsbeschluss vom 17. Oktober 1930 über die Durchführung der Selbstversorgung durch die Getreideproduzenten). Die Botschaft des Bundesrates vom 19. September 1930 über die Festsetzung der Übernahmepreise für das Inlandgetreide der Ernte 1930 enthält zur Frage der Rückkehr zur Selbstversorgungspflicht nachstehende Darlegungen:

«Die Selbstversorgung ist im Art. 5 des Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1929 geordnet. Dort ist auch die Ermächtigung des Bundesrates niedergelegt, die Abnahme von Inlandgetreide zu Überpreisen von der Durchführung der ganzen oder teilweisen Selbstversorgung durch die Produzenten abhängig zu machen ...

Die Mahlprämie für Selbstversorger wurde erstmals durch den Bundesbeschluss vom 20. Juni 1924 für die Getreideernte 1925 eingeführt. Dabei war die Selbstversorgung als Voraussetzung für die Abgabe der Getreideüberschüsse zum festgesetzten Vorzugspreise gedacht. Bei der Durchführung dieser allgemeinen Selbstversorgungspflicht stiess die Getreideverwaltung damals auf Schwierigkeiten ...

Diese Erfahrungen und die grundsätzliche Abneigung gegen Zwangsmassnahmen führten dazu, dass auch für die Neuordnung der Getreideversorgung gemäss Bundesbeschluss vom 22. Juni 1929 von der allgemeinen Selbstversorgungspflicht Umgang genommen wurde. Man glaubte auch, dass die 50 %ige Erhöhung der Mahlprämie genügen würde, um für die Zukunft die Durchführung der Selbstversorgung in wesentlichem Umfange sicherzustellen. Leider befriedigen die Erfahrungen des verflossenen Betriebsjahres in dieser Hinsicht nicht vollauf. Der im Verhältnis zur Mahlprämie übersetzte Vorzugspreis für an den Bund abgeliefertes Getreide und die Möglichkeit, sich zu aussergewöhnlich billigen Preisen Futtergetreide, Futtermehl und namentlich auch geschroteten Roggen ausländischer Herkunft zu beschaffen, veranlassten viele Produzenten zum Verzicht oder doch zu einer wesentlichen Einschränkung der Selbstversorgung. Eine solche Entwicklung liegt nicht im Sinn und Geiste der Getreideordnung. Der Bundesrat hat wiederholt auf die Wichtigkeit hingewiesen, welche der Selbstversorgung des bäuerlichen Haushaltes mit eingengebautem Getreide zukommt. ... Ein weiterer Rückgang der Selbstversorgung muss nicht nur im eigenen Interesse unserer Landwirtschaft verhindert werden; auch die Rücksichten auf die Erhaltung einer leistungsfähigen Kundenmüllerei im Lande drängen Vorkehren gegen die Einschränkung der Selbstversorgung auf. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Anwendung der in Art. 5, Abs. 3, des Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1929 über die vorläufige Ordnung der Getreideversorgung des Landes enthaltenen Bestimmungen nicht zu umgehen sein wird.»

Auf den Zeitpunkt der Rückkehr zur Selbstversorgungspflicht wurde zur weitem Förderung des Getreidebaues in den Höhenlagen der Gebirgszuschlag zu der Mahlprämie neuerdings erhöht, und zwar von Fr. 4.50 auf Fr. 6.50 je q Getreide. Damit stellte sich der Höchstansatz der Mahlprämie für Höhenlagen über 1200 m auf Fr. 14 gegenüber bisher Fr. 12 und ursprünglich Fr. 8.

Diese Regelung der Mahlprämie galt für die Ernten der Jahre 1930—1932. Auf den 1. Juli 1933 wurde das Getreidegesetz vom 7. Juli 1932 in Kraft erklärt. Es brachte in bezug auf die Mahlprämie gegenüber der Ordnung von 1930—1932 nur eine kleine Änderung zugunsten der Gebirgsbevölkerung: Während bisher der Höchstansatz für die Mahlprämie mit Fr. 14 erst für Höhenlagen über 1200 m ausgerichtet wurde, setzte das neue Getreidegesetz die Grenze für die höchste Mahlprämie auf 1100 m zurück.

Die Botschaft des Bundesrates vom 26. Januar 1932 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Getreideversorgung des Landes enthält u. a. über die Mahlprämie und die Selbstversorgung folgende Ausführungen, welche wir im Hinblick auf die Beratungen über das Postulat Nr. 3451 in Erinnerung rufen möchten:

«In unserer Botschaft vom 18. Mai 1929 an die Bundesversammlung betreffend die vorläufige Ordnung der Getreideversorgung des Landes haben wir die Wichtigkeit der Mahlprämie als ausgezeichnetes Mittel zur Förderung des einheimischen Getreidebaues hervorgehoben ...

Die 50 %ige Erhöhung der Mahlprämie bei der Einführung der neuen Getreideordnung bewirkte zunächst, dass für die Ernte 1929 von den Getreideproduzenten mehr Mahlkarten bezogen wurden als im Vorjahre. Es zeigte sich aber bei der Abrechnung, dass mehrere 1000 Karten unbenützt geblieben waren. Dieser bedauerlichen Entwicklung konnte nur durch die Wiedereinführung der Selbstversorgungs-

pflicht für solche Getreideproduzenten, welche zum Überpreise Getreide an den Bund abliefern wollen, begünstigt werden ...

Wiederholt ist angeregt worden, als Massnahme zur Verhinderung eines weiteren Rückganges der Selbstversorgung die Mahlprämie auf den Betrag des wirklichen Überpreises beim abgelieferten Inlandgetreide zu erhöhen. Bei den von der Bundesversammlung für die Ernten der Jahre 1929 und 1930, ausnahmsweise, mit Rücksicht auf die allgemeine Landwirtschaftskrise und im Sinne einer Übergangsmassnahme bewilligten Preisen von Fr. 42.50 bzw. Fr. 41.50 für 100 kg Weizen betrug in den letzten zwei Jahren der wirkliche Überpreis des Inlandweizens gegenüber dem Weltmarktpreise für gleichwertigen Auslandweizen mindestens Fr. 13.50 bzw. Fr. 20. Die Heraufsetzung der Mahlprämie von Fr. 7.50 auf Fr. 13.50 oder gar auf Fr. 20 hätte dem Bunde bei einer Gesamtmenge von rund 6000 Wagen Selbstversorgungsgetreide eine jährliche Mehrbelastung von $3\frac{1}{2}$ bzw. $7\frac{1}{2}$ Millionen Franken verursacht, ohne dass damit die Sicherheit für eine allgemeine Durchführung der Selbstversorgung geschaffen worden wäre ...

In bezug auf die Höhe der Mahlprämie sehen wir im Gesetze keine Änderung des gegenwärtigen Zustandes vor. Nach der vor zwei Jahren erfolgten, 50%igen Erhöhung dürfen die heutigen Ansätze als richtig bemessen beurteilt werden.

Bei der Vorberatung des Bundesbeschlusses vom 22. Juni 1929 war aus Kreisen der Landwirtschaft und der Kundenmüllerei eine besondere Mahlprämie für zu Futterzwecken vermahlenes Getreide angeregt worden. Damals wurde dieser Anregung keine Folge gegeben, hauptsächlich um die Durchführung der Mahlprämie nicht unnötig zu erschweren. Die seitherige Erfahrung lehrt, dass eine besondere Mahlprämie mit ermässigten Ansätzen für Futtergetreide unwirksam geblieben wäre. Man kam in der Übergangslösung den Wünschen der Landwirtschaft und der Kundenmüllerei dadurch entgegen, dass man die ursprünglich bestandene Vorschrift, die Mahlprodukte aus prämiemberechtigtem Getreide seien zur menschlichen Ernährung im Haushalte des Produzenten zu verwenden, fallen liess. Man beschränkte sich auf die Forderung, die Mahlprodukte seien im eigenen Haushalte oder landwirtschaftlichen Betriebe des Produzenten zu verbrauchen. Damit war die eventuelle Verfütterung der Mahlprodukte freigegeben. Der Verkauf der Mahlprodukte aus prämiemberechtigtem Getreide blieb nach wie vor verboten. Um einen missbräuchlichen Bezug der Mahlprämie zu verhindern, wurde die Berechtigung auf mahlfähiges Getreide und auf eine durch die Ausführungsverordnung festzusetzende Höchstmenge, berechnet nach der Zahl der im Haushalte des Produzenten verpflegten Personen, beschränkt. Nach den seitherigen Erfahrungen war diese klare und für die Durchführung einfache Lösung richtig. Sie erfüllte ihren Zweck besonders auch in der Richtung, dass gegenüber früher in vermehrtem Masse Roggen und Mischel zur Selbstversorgung zurückbehalten wurden. Nach Anhörung der Vertreter der Landwirtschaft wurde in unserer Ausführungsverordnung vom 28. Juni 1929 die Kopfquote für den Bezug der Mahlprämie auf 200 kg Nacktfrucht oder 300 kg Mais oder Spelzfrucht angesetzt. Mit diesen Höchstmengen ist die Landwirtschaft im allgemeinen die letzten zwei Jahre gut ausgekommen. Wir haben deshalb diese Bestimmung im Art. 10 des Entwurfes übernommen.

Der Begriff der Gebirgsgegend ist im Art. 9 in gleicher Weise wie bisher umschrieben. Die Abstufung des Zuschlages zu der Mahlprämie soll auch fernerhin nach der Höhenlage der landwirtschaftlichen Betriebe erfolgen. Bei der Durchführung soll die Verwaltung die Möglichkeit besitzen, sich von Fall zu Fall besondern Verhältnissen anzupassen und Ausnahmen von aufgestellten Regeln zu bewilligen. Solche Ausnahmen werden namentlich dort, wo der Getreidebau in Gebirgsgegenden durch besonders ungünstige Oberflächengestaltung des Getreidelandes wesentlich erschwert wird, gemacht werden.»

Über die Entwicklung der Selbstversorgung gegen Bezug der Mahlprämie von 1925—1936 gibt die nachfolgende Zusammenstellung Aufschluss:

Ernte	Anzahl Mahlkarten = Produzentenfamilien	Durch die Mahlprämie	Gesamtbetrag der Mahlprämie
		erfasste Getreidemenge kg	
1925	100 644	76 734 742	4 088 981.66
1926	98 820	63 228 691	3 424 718.54
1927	97 234	62 193 094	3 347 954.59
1928	97 712	65 789 023	3 554 934.10
1929	98 100	60 415 141	4 781 446.19
1930	101 341	65 272 608	5 262 261.17
1931	95 980	60 055 702	4 843 918.10
1932	97 176	62 184 487	5 052 660.59
1933	103 497	73 532 794	5 970 510.78
1934	104 330	74 954 905	6 078 515.35
1935	108 017	77 874 765	6 293 205.95
1936 *)	109 000	83 000 000	6 800 000.—

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass eine Erhöhung der Ansätze für die Mahlprämie eine wesentliche Vermehrung der Selbstversorgung kaum erwarten lässt. Für die Ernte 1929 war die Mahlprämie um 50 % hinaufgesetzt worden. Trotzdem wurden gegenüber dem Vorjahre bloss rund 400 Mahlkarten mehr bezogen. Für die Ernte 1930, d. h. nach der Rückkehr zur Selbstversorgungspflicht, nahm die Zahl der Selbstversorger um rund 3200 zu. 1931 und 1932 verzeigten im Umfange der Selbstversorgung namhafte Rückschläge: Trotz der Selbstversorgungspflicht sank die Anzahl der Mahlkartenbezüger gegenüber 1930 um rund 5000 bzw. 4000. Dieser Rückgang war zweifellos die Folge der im Vergleich zu 1929 erheblich ungünstigeren Getreideernten. Die gute Getreideernte 1933 brachte dann die Erholung mit einer Zunahme von mehr als 6000 Mahlkarten und einer Erhöhung der zur Selbstversorgung verbrauchten Getreidemenge um rund 11 400 Tonnen. Seither hielt die Zunahme der Selbstversorgung an. Nach den Feststellungen der Getreideverwaltung, soweit solche bis heute möglich waren, blieb sogar 1936 ein Rückschlag aus, trotzdem die Ernte im Vergleiche zu den drei Vorjahren bedeutend geringer ausgefallen ist. Die vermehrte Nachfrage nach Mahlkarten machte sich allerdings bei der Ernte 1936 erst nach der Abwertung unserer Währung geltend; sie scheint da und dort auch darauf zurückzuführen zu sein, dass man in Produzentenkreisen der politischen Lage nicht traute und deshalb mehr selbsterzeugtes Getreide zurückbehielt als früher, trotz dem bedeutenden Unterschied zwischen Mahlprämie und Überpreis für abgeliefertes Getreide. Befürchtungen, die Futter-

*) Mutmasslich, da Rechnung noch nicht abgeschlossen.

mittelpreise auf dem Weltmarkte könnten weiter ansteigen, haben wohl ebenfalls zur Selbstversorgung angeregt.

Das Verhältnis zwischen Mahlprämie, Übernahmepreis, Überpreis, Mehl- und Brotpreis seit 1925 ist aus der beiliegenden Tabelle Nr. 1 ersichtlich. Die Getreideverwaltung hat auch das umfangreiche Belegmaterial betreffend die Getreideernte 1934 statistisch verarbeitet. Die Ergebnisse dieser Arbeit vermitteln in bezug auf die Mahlprämie und Selbstversorgung interessante Erkenntnisse. Wir verweisen auf die beiliegenden Tabellen Nrn. 2—5.

IV. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Postulat Nr. 3451.

Das Postulat Nr. 3451 ist im Oktober 1936 gestellt worden. Damals bestand ein grosser Unterschied zwischen der Mahlprämie und dem Überpreis für Inlandgetreide, namentlich für das Flachland, wo die normale Mahlprämie ohne Zuschlag ausgerichtet wird. Bei einer Mahlprämie von Fr. 7.50 betrug dort der Überpreis für das an den Bund abgelieferte Getreide mindestens Fr. 17.50 je q. Damals empfanden die Getreideproduzenten den Anreiz, möglichst viel Getreide an den Bund abzuliefern und für den eigenen Bedarf Backmehl, Brot und Futtermittel zuzukaufen. Seither ist aber auf dem Weltmarkte eine starke Erhöhung der Getreidepreise eingetreten, welche für die Schweiz durch die Währungsabwertung noch merklich verschärft wurde. In der Folge mussten unter verschiedenen Malen die Mehl- und Brotpreise den verteuerten Getreidepreisen angepasst werden. Heute ergibt die Berechnung der Wirtschaftlichkeit der Selbstversorgung mit Getreide im Vergleiche zur Ablieferung an den Bund folgendes Bild:

1. Berechnung gestützt auf die Preise der Mahlprodukte.

100 kg Inlandweizen ergeben:

70 kg Halbweissmehl	zu Fr. 39.50 je q =	Fr. 27.65
10 » Futtermehl	» » 25.— » q =	» 2.50
18 » Kleie und Ausmahleten	» » 17.— » q =	» 3.05
(2 » Mahlschwund)		» —.—

98 kg Mahlprodukte, Wert = Fr. 33.20

Dazu Mahlprämie Fr. 7.50

abzüglich Mahllohn » 5.—

_____ = » 2.50

Somit Wert der Mahlprodukte, einschliesslich Mahlprämie, abzüglich Mahllohn

Fr. 35.70

2. Berechnung gestützt auf den Brotpreis.

Der Selbstversorger erhält aus 100 kg Weizen nach Abzug von 2 % Mahlschwund:

10 kg Futtermehl zu Fr. 25 je q	= Fr. 2.50
18 » Kleie und Ausmahleten zu Fr. 17 je q	» 3.05
70 » Halbweissmehl	

98 kg

Diese 70 kg Mehl ergeben 94 ½ kg Halbweissbrot, welche zum
Preise von 48 Rp. je kg einen Wert darstellen von » 45.86

Gesamtwert der Mahl- und Backprodukte aus 100 kg Weizen Fr. 50.91

Dazu Mahlprämie Fr. 7.50	
abzüglich Mahllohn » 5.—	 » 2.50

Somit Wert von 100 kg Weizen beim Selbstbacken Fr. 53.41 *)

Die Berechnungen zeigen, dass bei einem Übernahmepreis von 34 Franken, wie er für die Ernte 1936 galt, heute der Selbstversorger seinen Inlandweizen ziffermässig um Fr. 1.70 je q vorteilhafter verwertet, als wenn er ihn dem Bunde abgeliefert, auch wenn man in die Vergleichsrechnung bloss die Preise der Mahlprodukte einsetzt. Geht man in der Berechnung vom Brotpreise aus, d. h. von der Voraussetzung, dass der Bauer sein Brot selber backt, so ist die Verwertung bei der Selbstversorgung noch bedeutend besser: Unsere Rechnung zeigt dann einen Mehrerlös von Fr. 19.41 zugunsten der Selbstversorgung. Zieht man von diesem Mehrerlös angemessene Backkosten ab, so verbleibt dem Selbstversorger für die Arbeit des Brotbackens ein Lohn, wie er sonstwo im landwirtschaftlichen Betriebe kaum zu erreichen ist. In unsern Vergleichsrechnungen ist nicht berücksichtigt worden, dass besondere Verhältnisse die Selbstversorgung noch vorteilhaft gestalten, selbst wenn sich nach den Preisen der Mahlprodukte, gegenüber dem vollen Abnahmepreis des Bundes ziffermässig ein Mindererlös von ca. Fr. 2 je q Getreide ergibt. Auch haben wir für das Backmehl und die Mahlnebenerzeugnisse bloss die Engrospreise in die Vergleichsrechnung eingestellt, trotzdem der Landwirt diese Waren fast ausnahmslos sackweise, d. h. im Kleinhandel bezieht und daher entsprechend höhere Preise zahlt. Bei ungefähr gleichbleibenden Verhältnissen auf dem Weltmarkte wie heute und unveränderten Mehl- und Brotpreisen erleidet nach unserer Vergleichsrechnung der

*) Abzüglich Backkosten für 94½ kg Brot.

Selbstversorger gegenüber dem Landwirt, welcher sein Getreide an den Bund abgeliefert, keinen wirtschaftlichen Schaden, selbst wenn der Abnahmepreis für Inlandweizen der Ernte 1937 erhöht werden sollte.

Es muss auch beachtet werden, dass die Wirtschaftlichkeit der Selbstversorgung mit Dinkel und Roggen eher noch besser ist als unsere vorstehende Berechnung für Weizen zeigt. Diese Tatsache ist der Aufmerksamkeit der Getreideproduzenten nicht entgangen, denn seit einer Reihe von Jahren hat die Verwendung von Dinkel und Roggen zur Selbstversorgung erheblich stärker zugenommen als der Verbrauch von Weizen. Aus dieser günstigeren Rechnung für die Selbstversorgung mit Dinkel und Roggen gegenüber Weizen ziehen in erster Linie die Getreideproduzenten der Höhenlagen und der sogenannten Randgebiete des Getreidebaues Nutzen.

In Gebirgsgegenden, wo zu der Mahlprämie von Fr. 7.50 ein Zuschlag bis zu Fr. 6.50 je q Getreide vergütet wird, stellt sich die Rechnung über die Wirtschaftlichkeit der Selbstversorgung im Vergleich zur Ablieferung an den Bund vorerst um die Höhe des Zuschlages besser als im Flachlande. Überdies spart der Produzent in Gebirgsgegenden bei der Selbstversorgung die teuren Transportkosten, welche ihm bei der Ablieferung des Getreides an den Bund entstehen würden.

Beim Vergleich der Verwertung des Getreides zur Selbstversorgung mit dem Erlös bei der Abgabe an den Bund darf nicht übersehen werden, dass zur Selbstversorgung sehr oft zweitklassige Ware verwendet wird, für die bei der Ablieferung an den Bund erhebliche Preisabzüge gemacht werden müssten oder welche überhaupt nicht abgegeben werden könnte, weil sie die Mindestanforderungen nicht erfüllt (z. B. Getreide mit zu kleinem Hektolitergewicht usw.). Aus diesem Titel ergibt sich zugunsten der Selbstversorgung ein weiterer, nennenswerter Vorteil.

Nach der Einführung der Mahlprämie im Jahre 1925 erwartete man einen starken Rückgang der Getreideablieferungen an den Bund und, dadurch bedingt, ein entsprechendes Sinken der Aufwendungen für den Überpreis. Aus der Tabelle 2 unseres Berichtes vom 11. Mai 1937 ist ersichtlich, dass der erwartete Rückschlag der Ablieferungsmengen ausblieb. Auch die Erhöhung der Mahlprämie um 50 % ab 1929 brachte keinen Rückgang der Ablieferungen. Unter diesen Umständen hätte die Anpassung der Mahlprämie an den Überpreis für abgeliefertes Inlandgetreide, im Sinne des Postulates Nr. 3451, eine erhebliche Erhöhung der Aufwendungen des Bundes für die Getreideversorgung des Landes zur Folge. Für die Ernte 1934 hätte nach den Berechnungen der Getreideverwaltung die Mehrbelastung des Bundes aus einer solchen Ordnung die Summe von 9 Millionen Franken überschritten. Trotz der Verkleinerung des Unterschiedes zwischen Mahlprämie und Überpreis, die für 1937 erwartet wird, würde die Neuordnung nach dem Postulat die Bundeskasse jährlich doch

noch mit etwa 3 Millionen Franken Mehrausgaben belasten. Der Bundesrat hält mit Rücksicht auf die Finanzlage des Bundes eine derartige dauernde Mehrbelastung nicht für tragbar, umsoweniger, als seinerzeit die eidgenössischen Räte den ihnen vorgeschlagenen, als Beisteuer an die Aufwendungen für die Getreideversorgung des Landes gedachten Getreidezoll von Fr. 3 je q im Rahmen des II. Finanzprogrammes abgelehnt haben.

Der Bundesrat hegt auch Bedenken, die Mahlprämie weiter zu erhöhen, weil die Erfahrung lehrt, dass jede Heraufsetzung der Mahlprämie vermehrten Missbräuchen ruft. Eine Mahlprämie in der Höhe des Überpreises könnte mit genügender Sicherheit nur in Verbindung mit einem gegenüber dem heutigen Zustande erheblich verstärkten Kontrollapparat durchgeführt werden. Das würde eine Vermehrung des Personalbestandes des Bundes und erhöhte Kosten verursachen. Wiederholt haben sich in den letzten Jahren die eidgenössischen Räte und ihre Kommissionen für eine Einschränkung des Verwaltungsapparates ausgesprochen. Die Bestrebungen des Bundesrates gingen bisher in der gleichen Richtung. Das Ziel kann indessen nur erreicht werden, wenn man der Bundesverwaltung nicht immer neue Aufgaben überbindet oder bestehende Aufgaben erschwert. Das allgemeine Landesinteresse scheint uns übrigens in dem vorliegenden Falle die Erschwerungen nicht zu verlangen.

Wie bereits ausgeführt, lässt sich eine Verminderung der Aufwendungen für den Überpreis nicht erreichen durch die Ausdehnung der Selbstversorgung in Verbindung mit einer Erhöhung der Mahlprämie auf den Betrag des Überpreises. Der Umfang der Selbstversorgung hängt nicht bloss von der Höhe der Mahlprämie, sondern auch stark vom Ausfall der Ernte ab. Die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft übt ferner einen Einfluss aus: Je schärfer gewisse Krisenwirkungen und je grösser die Geldknappheit im Bauernbetriebe, umso stärker das Bestreben, das Getreide weitgehend dem Bunde gegen Barzahlung abzutreten und die Selbstversorgung auf ein Mindestmass einzuschränken.

Gegen die grundsätzliche Gleichstellung der Mahlprämie mit dem Überpreis ergeben sich auch Bedenken allgemeiner, wirtschaftlicher Natur. Es hat sich gezeigt, dass vom Augenblicke an, da die Futtermiteleinfuhr zum Zwecke der Drosselung der Überproduktion an Vieh und Milch mit Preiszuschlägen belastet wurde, die Getreideproduzenten mehr und mehr das Getreide, für welches sie die Mahlprämie bezogen, zu Futterzwecken zusammenmahlen liessen, statt es für die Brotversorgung zu verwenden, wozu es in erster Linie und dem Sinne der ganzen Massnahme nach bestimmt ist. Wir verweisen für die Einzelheiten auf die beiliegende Tabelle Nr. 4. Aus jener Zusammenstellung geht hervor, dass in gewissen Kantonen der Anteil des zu Viehfutter verarbeiteten, mahlprämienberechtigten Brotgetreides bis zu $\frac{3}{4}$ der Gesamtmenge ausmacht, welche für die Selbstversorgung vermahlen wurde.

Nach dem Protokoll über die Beratung des Geschäftsberichtes von 1936 der Getreideverwaltung im Nationalrat (Juni 1937) begründeten die Herren Nationalräte Dellberg und Dr. Hans Müller-Grosshöchstetten ihren Antrag auf Festhalten am Postulat Nr. 3451 zur Hauptsache wie folgt:

1. Grundsätzlich sei die Mahlprämie als Bundessubvention nach der wirtschaftlichen Lage der Empfänger abzustufen.
2. Die Mahlprämie in der heutigen Abstufung sei ungerecht, weil dabei in der Endwirkung für die Getreideproduzenten im Gebirge gleichviel herauschaue wie für das Flachland.
3. Ein Zuschlag von Fr. 3 zugunsten der Gebirgsgegenden sei ungenügend.
4. Bei der gegenwärtigen Ordnung zwingt man den kleinen Getreideproduzenten, das teuerste Brot im ganzen Lande zu essen.
5. Seit der Bundesrat im Geschäftsberichte beantragt habe, das Postulat Nr. 3451, weil überholt, abzuschreiben, weil infolge der erhöhten Getreidepreise am Weltmarkte ein genügender Ausgleich zwischen Überpreis und Mahlprämie geschaffen sei, seien die Getreidepreise wieder stark gesunken, weshalb mit der Möglichkeit einer Rückkehr des ungünstigen Verhältnisses zwischen Überpreis und Mahlprämie gerechnet werden müsse.

Zu dieser Begründung gestatten wir uns folgende Feststellungen:

Zu 1. Bezüglich der Abstufung der Mahlprämie nach der Bedürftigkeit des Empfängers liegen die Verhältnisse grundsätzlich gleich wie inbezug auf die Abstufung des Übernahmepreises für das Inlandgetreide. Wir verweisen hierüber auf unseren Bericht vom 11. Mai 1937 (Bundesbl. 1937, I, 954).

Zu 2. Wie im Berichte des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1936 ausgeführt ist, erhält im Durchschnitt die Selbstversorgerfamilie im Flachlande jährlich an Mahlprämien ungefähr den gleichen Betrag, wie der Getreideproduzent in den Gebirgslagen, nämlich rund Fr. 58. Aus dieser Tatsache zu schliessen, die Mahlprämien in der heutigen Abstufung seien ungerecht, weil dabei in der Endwirkung für das Flachland gleichviel herauschaue wie für die Getreideproduzenten im Gebirge, ist nicht angängig. Der Betrag von durchschnittlich Fr. 58 jährlich wird, wie ebenfalls im Geschäftsberichte ausgeführt ist, im Flachlande für 700 kg zur Selbstversorgung vermahlene Inlandgetreide ausgerichtet, während der Getreideproduzent in Gebirgslagen den gleichen Betrag erhält für rund 500 kg Getreide. Uns scheint, diese Ziffern beweisen gerade die Richtigkeit und Zweckmässigkeit der gegenwärtigen Abstufung: Die Gebirgsbewohner erhalten ungefähr die gleiche Mahlprämie wie die Flachlandbauern, obschon sie im Durchschnitt weniger Getreide anbauen und zur Selbstversorgung verwenden.

Zu 3. Im Geschäftsberichte steht, dass für die Getreideproduzenten mie Anspruch auf einen Gebirgszuschlag bei der Ernte 1935 die durchschnittlich Mahlprämie Fr. 10.55 für je 100 kg zur Selbstversorgung verwendetes Getreide

betrag, gegenüber Fr. 7.50 im Flachlande. Hieraus ist nach unserer Meinung zu Unrecht geschlossen worden, «der durchschnittliche Zuschlag zugunsten der Gebirgsgegenden von Fr. 3» sei ungenügend, um einigermaßen die erhöhten Produktionskosten auszugleichen und den Fortbestand des Getreidebaues im Gebirge sicherzustellen. Der rechnermässig durchschnittliche Zuschlag erreicht bloss den Betrag von Fr. 3.50, weil in der Durchschnittsrechnung weite Gebiete der Hochebene, der Voralpen und des Jura mitberücksichtigt sind. Bei dieser Übergangszone vom Flachlande zu den Gebirgsgegenden beträgt der Zuschlag teilweise bloss Fr. 1.50; dadurch wird der Durchschnittsbetrag ungünstig beeinflusst. In den ausgesprochenen Gebirgsgegenden übersteigt der mittlere Zuschlag zur Mahlprämie den Betrag von Fr. 3.50 wesentlich, wie aus der nachstehenden Gegenüberstellung ersichtlich ist. Es erhielten nämlich je q Getreide für die Ernte 1934:

- Im Kanton Bern 30 % der Selbstversorger einen mittleren Zuschlag von Fr. 1.88;
- im Kanton Freiburg 15,5 % der Selbstversorger einen mittleren Zuschlag von Fr. 1.31;
- im Kanton Graubünden 89,4 % der Selbstversorger einen mittleren Zuschlag von Fr. 5.60;
- im Kanton Wallis 76 % der Selbstversorger einen mittleren Zuschlag von Fr. 5.61.

Die Getreideverwaltung hat festgestellt, dass bei dieser Abstufung die Zuschläge für die wirklichen Gebirgslagen genügen. Seit dieser Regelung der Mahlprämie nimmt der Getreidebau gerade in jenen Gebieten beständig etwas zu. Der Höchstzuschlag von Fr. 6.50 je q Getreide, welcher seit einer Reihe von Jahren bereits in Höhenlagen über 1100 m zur Anwendung gelangt, wird dort von den Produzenten als weitgehendes Entgegenkommen empfunden. Bekanntlich hängen die Produktionskosten stark vom Ertrag an Körnern und Stroh je Flächeneinheit ab. Es muss nun gesagt werden, dass in vielen Gebirgsgegenden die Erträge deshalb immer noch verhältnismässig klein sind, weil die Produzenten in der Technik des Getreidebaues nur sehr langsam Fortschritte machen. Neuzüchtungen, welche erhebliche Mehrerträge an Körnern wie an Stroh versprechen, können sich dort meistens nur schwer Eingang verschaffen, weil die Produzenten allzu stark an althergebrachten Gewohnheiten festhalten. Es besteht aber unter der gegenwärtigen Regelung für die Getreideproduzenten in den Gebirgsgegenden die Möglichkeit, sich die Einnahmen an Mahlprämien bedeutend zu vermehren, durch einen zweckmässigen Saatgutwechsel, Verbesserung der rückständigen Anbautechnik und da und dort auch durch eine Ausdehnung der Getreideanbaufläche.

Zu 4. Es ist nicht richtig, dass bei der heutigen Ordnung die kleinen Getreideproduzenten und die Getreidebauern im Gebirge gezwungen werden,

das teuerste Brot des ganzen Landes zu essen. Die Berechnungen in der Einleitung des Abschnittes IV. dieses Berichtes beweisen das Gegenteil. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle aber auch erwähnt, dass gerade für die kleinen Produzenten wesentliche Ausnahmebestimmungen bestehen: Wer 5 q oder weniger Inlandgetreide an den Bund abgeliefert, ist von der Selbstversorgungspflicht vollständig befreit, und wer über 5 q, aber weniger als 10 q Getreide abgeliefert, hat die Selbstversorgung nur zu $\frac{2}{3}$ des allgemein vorgeschriebenen Ausmasses durchzuführen. Diese ausnahmsweise Regelung der Selbstversorgung für kleine Getreideproduzenten bedeutete bisher für die Kundenmühlen in Gegenden hauptsächlich kleinbäuerlicher Betriebsweise eine fühlbare Belastung. Wiederholt sind von jener Seite Begehren um Aufhebung oder doch erhebliche Einschränkung der Ausnahmebestimmungen gestellt worden. Der Bundesrat ist bis jetzt auf diese Gesuche nicht eingetreten. Wir hoffen aber, es werden in Zukunft immer mehr kleine Getreideproduzenten freiwillig die Selbstversorgung durchführen, nachdem sie, wie in unseren Berechnungen nachgewiesen, nun im Vergleiche zu der Getreideablieferung an den Bund lohnend geworden ist.

Zu 5. Wir halten die Befürchtungen, es könnten bald infolge veränderter Lage auf dem Getreidemarkte wieder die ungünstigen Verhältnisse in bezug auf die Selbstversorgung zurückkehren, wie sie bei der Einreichung des Postulates Nr. 3451 bestanden, nicht für begründet. Der Getreidepreisabschlag, auf den Herr Nationalrat Müller hingewiesen hat, war nur eine vorübergehende Erscheinung von sehr kurzer Dauer. Seit den Verhandlungen des Nationalrates im Juni dieses Jahres sind die Getreidepreise neuerdings stark gestiegen. Sie haben seither einen neuen Höchststand erreicht.

Zusammenfassend halten wir fest, dass

- a. durch die Selbstversorgungspflicht dem Getreideproduzenten gegenwärtig kein wirtschaftlicher Nachteil erwächst;
- b. die bisherige Regelung der Zuschläge zur Mahlprämie für die Gebirgsgegenden den Verhältnissen richtig und zweckmässig angepasst ist;
- c. jede Erhöhung der Mahlprämie oder der Zuschläge neue schwere Belastungen der Bundeskasse mit Aufwendungen für die Getreideversorgung des Landes zur Folge hätte.

In den letzten Jahren hat die Selbstversorgung mit Brotgetreide langsam, aber stetig, zugenommen. Diese Entwicklung scheint unter dem ungünstigen Verhältnis zwischen Mahlprämie und Überpreis, wie es während des Preiszerfalles am Weltmarkte bestand und bei der Schaffung der heutigen Getreideordnung nicht vorausgesehen werden konnte, nicht erheblich beeinträchtigt worden zu sein. Man gewöhnt sich langsam wieder an die Selbstversorgung, auch in Gegenden, wo sie früher mit dem Getreidebau stark eingeschränkt oder sogar ganz aufgegeben worden war. Die bisherige Regelung hat genügt, um die Getreideproduzenten dort, wo es überhaupt nötig war, zur Rückkehr

zu der bodenständigen Selbstversorgung zu veranlassen. Es gelang der Getreideverwaltung im Laufe einiger Jahre, der gesetzlichen Selbstversorgungspflicht fast auf der ganzen Linie Nachachtung zu verschaffen, ohne dass zu drakonischen Mitteln und schweren Strafen gegriffen werden musste und trotzdem man von gewisser Seite der Selbstversorgungspflicht von allem Anfang an den Kampf angesagt hatte. Durch Aufklärung und massvolle Anwendung der Bestimmungen des Getreidegesetzes über die Selbstversorgung sollten weitere Fortschritte noch möglich sein, ohne dass man die Bundeskasse mit neuen in die Millionen gehenden jährlichen Aufwendungen belastet oder den Getreidebau in seinem gegenwärtigen Bestande gefährdet.

Die erneute, gründliche Prüfung des Postulates Nr. 3451 vermochte den Bundesrat nicht von der Notwendigkeit zu überzeugen, Änderungen der gegenwärtigen Ordnung der Mahlprämie und der Selbstversorgung vorzunehmen.

Gestützt auf den vorstehenden Bericht stellen wir den

Antrag:

Das Postulat Nr. 3451 wird als erledigt erklärt und abgeschrieben.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 16. Juli 1937.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Motta.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

Beilagen: 5 Tabellen.

Tabelle 1.

Mahlprämie, Überpreis für Inlandgetreide und Mehl- und Brotpreise seit 1925.

Erntejahr	Mahlprämie					Weizenpreis		Überpreis (ohne Kosten)	Mehlpreis in Bern je 1. Juli	Brotpreis in Bern je 1. Juli
	+ 800 m u. M.	+ 900 m u. M.	+ 1000 m u. M.	+ 1100 m u. M.	+ 1200 m u. M.	Übernahme	Abgabe			
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
1925	6.—	7.—	8.—	8.—	8.—	42.50	36.75	5.75	56.—	— .60
1926	6.—	7.—	8.—	8.—	8.—	42.50	36.25	6.25	50.—	— .55
1927	6.—	7.—	8.—	8.—	8.—	42.50	36.25	6.25	50.—	— .55
1928	6.—	7.—	8.—	8.—	8.—	42.50	33.25	9.25	50.—	— .55
						ab Dez.	31.—	11.50	43.—	— .50
1929	8.—	9.—	10.—	11.—	12.—	42.50	29.—	13.50	43.—	— .50
1930	8.50	9.50	11.—	12.50	14.—	41.50	25.—	16.50	40.—	— .48
1931	8.50	9.50	11.—	12.50	14.—	38.—	17.—	21.—	28.—	— .38
1932	8.50	9.50	11.—	12.50	14.—	37.—	15.—	22.—	23.—	— .35
1933	8.50	10.—	12.—	14.—	14.—	36.—	14.—	22.—	23.—	— .35
1934	8.50	10.—	12.—	14.—	14.—	34.—	14.—	20.—	23.—	— .35
1935	8.50	10.—	12.—	14.—	14.—	34.—	15.50	18.50	21.—	— .33
1936	8.50	10.—	12.—	14.—	14.—	34.—	16.50	17.50	23.—	— .35

Mahlprämie Ernte 1934.

Tabelle 2.

596

Kanton	Karten	Weizen	Roggen	Mischel	Dinkel	Mais	Gerste	Total	Betrag
								kg	Fr.
Zürich	7 366	3 923 556	1 085 590	131 192	619 106	410	—	5 759 854	432 009.90
Bern	22 250	5 614 207	3 554 599	3 243 383	8 354 910	—	671 392	21 443 491	1 729 665.50
Luzern	4 403	464 089	1 072 372	118 057	3 236 524	—	1 162	4 892 204	372 844.55
Uri	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwyz	24	—	—	—	—	2 274	—	2 274	170.35
Unterwalden	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Glarus	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zug	72	39 726	13 555	656	11 965	—	—	65 902	5 050.70
Freiburg	7 171	4 098 517	395 340	2 192 594	12 494	—	27 396	6 726 341	518 148.05
Solothurn	4 053	936 515	927 890	363 677	945 055	—	17 191	3 190 328	241 541.70
Basel-Stadt	55	63 286	13 662	—	—	—	—	76 948	5 770.60
Basel-Land	2 660	1 150 831	163 523	30 304	410 596	—	4 079	1 759 333	132 424.05
Schaffhausen	2 328	1 245 529	140 045	5 988	165 747	—	—	1 557 309	116 783.80
Appenzell	—	—	—	—	—	—	—	—	—
St. Gallen	4 012	49 999	17 006	—	42 688	877 573	260	987 526	74 088.80
Graubünden	5 399	197 833	462 990	203 483	60	74 149	749 398	1 687 913	211 040.60
Aargau	11 715	2 994 573	2 433 974	187 012	3 105 207	79	727	8 721 572	654 030.35
Thurgau	3 254	1 670 386	259 528	19 328	153 566	—	—	2 102 808	157 675.75
Tessin	4 616	73 213	163 148	672	75	602 914	7 227	847 249	69 940.85
Waadt	10 170	7 193 401	114 484	1 043 121	5 781	—	123 278	8 480 065	652 161.25
Wallis	11 567	672 944	3 242 297	34 462	4 055	166 881	338 186	4 458 825	524 062.05
Neuenburg	1 212	683 316	48 156	28 120	628	—	232 449	992 669	90 934.65
Genf	857	611,162	222	—	—	—	—	611 384	45 852.15
Total	103 184	31 683 083	14 108 381	7 607 049	17 068 457	1 724 280	2 172 745	74 363 995	6 034 195.65
Liechtenstein	1 146	5 154	—	—	9 864	575 892	—	590 910	44 319.70
Gesamttotal									
Ernte 1934	104 330	31 688 237	14 108 381	7 607 049	17 078 321	2 300 172	2 172 745	74 954 905	6 078 515.35
Ernte 1933	103 497	31 581 604	13 117 460	7 902 100	17 024 253	2 029 744	1 877 633	73 532 794	5 970 510.78

Tabelle 3.

Umfang der Selbstversorgung nach Haushaltungen und Personen (Ernte 1934, ohne Liechtenstein).

Kanton	Anzahl Haushaltungen	Personenzahl	Total	Selbstversorgung	
				pro Haushaltg.	pro Person
			kg	kg	kg
Zürich	7 366	42 396	5 759 854	782	136
Bern	22 250	140 395	21 424 006	963	153
Luzern	4 403	32 553	4 892 204	1 111	150
Uri	—	—	—	—	—
Schwyz	24	140	2 274	95	16
Unterwalden	—	—	—	—	—
Glarus	—	—	—	—	—
Zug	72	563	65 902	915	117
Freiburg	7 171	50 048	6 726 341	938	134
Solothurn	4 053	24 258	3 209 813	789	132
Basel-Stadt	55	489	76 948	1 399	157
Basel-Land	2 660	15 315	1 759 333	661	114
Schaffhausen	2 328	10 893	1 557 309	668	143
Appenzell	—	—	—	—	—
St. Gallen	4 012	21 324	987 526	246	46
Graubünden	5 399	28 125	1 687 913	312	60
Aargau	11 715	66 197	8 721 572	744	132
Thurgau	3 254	18 103	2 102 808	646	116
Tessin	4 616	21 000	847 249	183	40
Waadt	10 170	57 240	8 480 065	834	148
Wallis	11 567	59 948	4 458 825	385	74
Neuenburg	1 212	6 816	992 669	819	145
Genéve	857	4 175	611 384	713	146
Total Ernte 1934	103 184	599 978	74 363 995	721	124
Ernte 1933	102 440	599 438	73 037 287	713	122
Ernte 1932	96 158	574 981	61 710 828	642	107
Ernte 1931	94 965	571 081	59 607 393	628	104

Tabelle 4.

Vermahlungen zu Futterzwecken (Ernte 1934, ohne Gebirgskantone).

Kanton	Prämien- berechtigte Vermahlungen	Vermahlungen zu Futterzwecken	Ernte 1934	Ernte 1933	Ernte 1932	Ernte 1931	Ernte 1930
	kg	kg	%	%	%	%	%
Zürich	5 759 854	905 302	15,7	11,1	12,9	7,4	5,9
Bern	21 443 491	8 500 257	39,6	37,7	33,2	23,6	18,0
Luzern	4 892 204	3 705 067	75,7	72,9	75,9	70,2	55,5
Schwyz	2 274	—	—	—	6,7	1,5	—
Zug	65,902	34 298	52,0	34,1	38,0	46,5	22,6
Freiburg	6 726 341	555 769	8,3	5,7	6,8	3,1	2,3
Solothurn	3 190 328	1 355 978	42,5	36,3	33,3	26,1	22,9
Basel-Stadt	76 948	7 998	10,3	22,3	27,1	27,4	31,5
Basel-Land	1 759 333	152 632	8,7	5,5	6,1	5,0	4,2
Schaffhausen	1 557 309	105 001	6,7	5,8	4,4	3,5	2,5
St. Gallen	987 526	94 735	9,6	10,1	5,8	6,5	4,5
Aargau	8 721 572	2 441 330	28,0	22,6	18,3	16,1	12,8
Thurgau	2 102 808	292 262	13,9	9,8	9,3	8,2	2,6
Waadt	8 480 065	643 575	7,6	4,8	5,1	3,0	2,9
Neuenburg	992 669	262 167	26,4	18,4	7,4	6,6	5,2
Genève	611 384	19 502	3,2	4,2	5,0	2,5	0,0
Total	67 370 008	19 075 873	28,3	24,8	18,5	10,9	12,7

Tabelle 5.

Selbstversorgung und Mahlprämie seit 1925 (nach Getreidearten).

Ernte	Anzahl Mahlkarten	Weizen	Roggen	Mischel	Dinkel	Mais	Gerste	Total	Mahlprämie
		t	t	t	t	t	t	t	Fr.
1925	100 644	41 489	6 653	8 320	17 735	1 744	794	76 735	4 083 981.66
1926	98 820	32 819	6 565	7 754	13 086	2 019	985	63 228	3 424 718.54
1927	97 234	33 129	6 357	7 929	11 645	2 116	1 017	62 193	3 347 954.59
1928	97 712	33 522	6 523	9 120	13 975	1 859	790	65 789	3 554 934.10
1929	97 226	28 086	8 299	7 878	13 050	1 811	1 006	60 130	4 760 062.99
1930	100 353	29 444	10 497	7 686	13 970	2 170	1 068	64 835	5 229 459.07
1931	94 965	29 414	8 409	6 546	12 194	1 846	1 198	59 607	4 810 288.50
1932	96 158	27 438	10 803	6 773	13 289	1 863	1 545	61 711	5 017 123.89
1933	102 440	31 581	13 117	7 902	17 016	1 543	1 878	73 037	5 933 343.58
1934	103 184	31 683	14 108	7 607	17 069	1 724	2 173	74 364	6 034 195.65
1935	106 792	32 953	14 918	7 575	17 571	1 864	2 281	77 162	6 239 726.15

Nachtragsbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung zu den Postulaten betreffend die Abänderung der Getreideordnung. (Vom 16. Juli 1937.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1937
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	31
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	3569
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.08.1937
Date	
Data	
Seite	577-599
Page	
Pagina	
Ref. No	10 033 354

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.